



Neue Zürcher Zeitung

archiv.nzz.ch

Das Zeitungsarchiv der NZZ seit 1780

Herzlich willkommen im NZZ Archiv

Die von Ihnen bestellte Seite aus dem NZZ Archiv im PDF-Format:

Neue Zürcher Zeitung vom 16.10.1891 Seite b5

NZZ_18911016_B5.pdf

Nutzungsbedingungen und Datenschutzerklärung:
archiv.nzz.ch/agb

Antworten auf häufig gestellte Fragen:
archiv.nzz.ch/faq

Kontakt:
leserservice@nzz.ch

Zur Revision des Banknoten-Artikels der Bundesverfassung.

An die Stimmberechtigten des Kantons Zürich.

Werthe Mitbürger!

Am 18. Oktober hat das Schweizer Volk nicht nur über einen neuen Zolltarif, sondern auch über eine andere hochwichtige wirtschaftliche Frage sein Votum abgegeben.

Es betrifft dieselbe die Revision des Art. 39 der Bundesverfassung über das **Banknotenwesen**.

Auf Grund des zur Zeit in Kraft bestehenden Verfassungsartikels kann der Bund zwar gesetzliche Vorschriften über die Ausgabe und Einlösung von Banknoten aufstellen, jedoch dafür weder ein Monopol verleihen, noch solches selbst ausüben.

Von der ihm zustehenden beschränkten Kompetenz hat der Bund durch Einführung des Bundesgesetzes vom 8. März 1881 Gebrauch gemacht.

Es kann nicht geläugnet werden, daß dieses Gesetz eine gewisse Ordnung und Sicherheit, sowie eine Vermehrung der Umlaufsfähigkeit von Kanton zu Kanton in unser Banknotensystem gebracht hat. Diese Wirkung ist erzielt worden namentlich durch die geschaffene Einheitlichkeit in der äußern Form der Noten der so zahlreichen Emissionsbanken, sodann durch die Vorschriften betreffend die gegenseitige Einlösungspflicht, die Deckung der Noten (in Baarschaft, Wechseln, Werthpapieren) und die periodische Veröffentlichung der Situation der Banken.

Könnte das Gesetz seiner Zeit als erster Versuch zu einer bessern Regelung des Banknotensystems acceptirt werden, so entgingen doch schon damals Vielen die Mängel nicht, die demselben anhaften. Dieselben traten im Laufe der Jahre je länger je deutlicher zu Tage, allerdings nicht in normalen, ruhigen Zeiträumen, wohl aber in etwas kritischeren Momenten.

Als solche Mängel, deren Vorhandensein unter Umständen geradezu Gefahren, wirtschaftlicher und politischer Natur, heraufbeschwören kann, sind hauptsächlich zu bezeichnen: Die Verschiedenheit der gebotenen Garantien mit Rücksicht auf die einer gewissen Kategorie von Banken gesetzlich zugestandene Ausdehnung der Betätigung auf Geschäfte, die mit der Notenausgabe unvereinbar sind; in Verbindung damit die bei vielen Banken ungenügende Zusammenfassung der Notendeckung, und die Schwierigkeit, in einem gegebenen Momente diese Deckungsmittel behufs jederzeitiger Einlösung der ausgegebenen Noten rasch und leicht flüssig zu machen; die Nichtberücksichtigung der andern kurzfristigen Verbindlichkeiten, die oft ebenso sehr wie die Pflicht zur Noteneinlösung die Zahlungsbereitschaft der Banken auf die Probe stellen; die Unmöglichkeit eines einheitlichen Zusammenwirkens der 34 verschiedenen Notenbanken mit ihren auseinander gehenden Interessen.

Ueber die Thatsache der Existenz dieser und anderer Uebelstände herrscht im Schweizerlande kaum mehr eine Meinungsverschiedenheit, wohl aber über die Mittel zur Abhülfe. Die Einen glauben, eine bloße Revision des Gesetzes würde ausreichen, die Andern, und namentlich der hohe Bundesrath und die Bundesversammlung sind nach langer und einlässlicher, auf langjährige Beobachtung gestützter Prüfung zu der Ueberzeugung gelangt, daß nur mit der völligen Zentralisation des Notenwesens, durch dessen Monopolisirung, geholfen werden könne.

Der Bundesrath, wie die Bundesversammlung sagten sich, daß nur eine große, mächtige, in ihrer Thätigkeit auf wenige Geschäftszweige beschränkte Zentralbank, die Hauptaufgaben zu erfüllen vermöge, die den Noteninstituten anderer Länder zugewiesen sind, nämlich: die Regelung des Geldstandes im ganzen Lande durch zeitige Vorkehrungen bei herannahenden größeren Bedürfnissen, die Erleichterung der Zahlungsausgleichungen durch Uebertragungen von Ort zu Ort. Nur ein derartiges, an die Stelle der gegenwärtig sich kleinlich konfurrenzirenden 34 Notenbanken tretendes Institut, werde auch in schwierigsten Zeiten vermöge seines Kredites dem Lande die größtmöglichen Dienste leisten können.

Zu dem Ende wird nun die Abänderung des Art. 39 der Bundesverfassung beantragt in dem Sinne, daß dem Bunde ausschließlich das Recht zur Ausgabe von Banknoten zustehe und er dieses Recht entweder durch eine unter gesonderter Verwaltung stehende Bundesbank; oder durch Uebertragung an eine zu errichtende und unter Bundesaufsicht zu stehende Privatbank mit über das ganze Land zerstreuten Filialen, ausüben könne. In beiden Fällen sollen die Kantone in weitgehendem Maße am Gewinn theilhaftig werden.

Die Frage der Durchführung des Monopols, ob durch eine Staatsbank oder eine Privatbank ist also offen gelassen. Wir bekennen unumwunden, daß wir uns selbe nur durch eine unter Ueberwachung des Bundes gestellte Privatanstalt denken können, da keinerlei zutreffende Gründe vorhanden sind, welche die Durchführung durch eine Staatsbank rechtfertigen würden, zumal bei der einstigen Errichtung des Institutes von Gesetzeswegen alle diejenigen Vorschriften erlassen werden können und müssen, die daselbe gegen eine Entfremdung von seinem Zwecke, hauptsächlich den allgemeinen Interessen zu dienen, sicher stellen. Allein diese Frage ist nicht heute, sondern erst in dem Momente zu entscheiden, da nach Annahme des Verfassungsartikels ein bezügliches Bundesgesetz vorgelegt werden wird. Freunde und Gegner der einen oder andern Form dürfen somit unbedenklich der Vorlage zustimmen.

Werthe Mitbürger! Wir empfehlen Euch mit voller Ueberzeugung die Annahme des Verfassungsartikels, die einen wichtigen Schritt zur wirtschaftlichen Stärkung unseres Vaterlandes bedeutet.

Schreibet am 18. Oktober:

Ja!

Zürich, im Oktober 1891.

Das liberale Central-Comite.